

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Centralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierjährig 1.50 Mk.

Fernsprecher Nr. 8538. :::
Redaktionsschluß Montags
Mittags vor Erscheinen à Bielen

Anzeigenpreis für die vierseitige Seite
Zeile 20 Pf. Anzeigen d. Gruppen 10 Pf.

No. 17.

C 812, den 24. August 1918.

VI. Jahrgang.

Die Lohngestaltung nach dem Kriege.

Zu welchem Zeitpunkt der Weltkrieg in der Hauptphase sein Ende erreicht, vermag heute mit Bestimmtheit kein Mensch zu sagen. Ebenso wenig unter welchen Bedingungen er beendet werden wird. Hiervon wird es aber in letzter Stunde abhängen, wie sich die wirtschaftlich soziale Lage der großen Masse der Angestellten und Arbeiter in der Zukunft verhalten wird.

Die absolute Höhe des Lohnes ist nicht, wie so viele heute glauben, ausschlaggebend. Eine viel größere Bedeutung hat die Münzkraft des Geldes. Letztere ist ausschlaggebend für die Beurteilung dafür, ob der Lohn als angemessen zu erachten ist, oder nicht. Ebenso gut wie man den Lohn, gleich 100, die Kosten für Ernährung gleich 40, für Miete gleich 25, für Kleidung gleich 10 und für sonstige Bedürfnisse gleich 25 leben kann, können die Zahlen verdoppelt oder verdreifacht werden, ohne daß dadurch die Lebenshaltung in irgendeiner Weise beeinflußt werden braucht.

Ausschlaggebend für die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten wie überhaupt für die Mehrzahl der Volksgenossen ist der Stand unserer Volkswirtschaft, bedingt durch Arbeitsverträge, Stand der Währung, Preis der Rohstoffe, Produktionsfähigkeit der Industrie, Landwirtschaft, Handel und Verkehr. Wie sich diese Dinge nun aber nach Beendigung des Krieges verhalten werden, steht noch dahin. Kein Mensch kann voraussehen, wie im Friedensvertrage die Vereinbarungen lauten werden. Insofern sind die Interessen der deutschen Arbeiterschaft auf Tod und Leben mit denen des gesamten deutschen Volkes eng verbunden. Mögen somit die Interessen der verschiedenen Klassen und Schichten noch so weit auseinandergehen, in diesem Punkte gibt es nur einen Brief, nur einen Wunsch.

Im zweiten Punkte wird die Lebenshaltung unserer Kollektivität bestimmt durch die Größe des Anteils, welchen sie im Getrage der Produktion in Form ihres Lohnes erhalten. Eine Zweifel ist dieser Anteil, obschon der Lohn gegenüber 1914 zum Teil um 50 bis 100 Prozent gestiegen, in den letzten Jahren wesentlich zurückgegangen. Die Tatsache, daß ein armer Teil der Verdörfnung erhebliche Gewinne machen könnte, — nicht nur die Kriegsindustrie, auch die Landwirtschaft, weite Kreise des Handels und des Handwerks — konnte erhebliche Überdrücke verzeichnen. — kommt nicht in Betracht. Von bestimmten Gründen sind hierfür maßgebend. In der Regel ist es die große Nachfrage, der ein überdurchschnittliches Angebot aufgegenübersteht, die mit steigende Lohnbedingungen einhergeht. Und nicht selten

Arbeiter waren sehr gesucht und auch entsprechend entlohnt. Aber nur ein geringer Bruchteil der gesamten Arbeiterschaft konnte in etwa die Konjunktur ausnutzen. Die arbeitsm. Kräfte sind, trotz arbeitsmangel und starker Nachfrage, in ihrer Lebenshaltung immer mehr herab. Mehr als durch die Kriegsnotwendigkeiten bedingt ist. Wie wird sich nun erst die Lage nach Kriegsende, wenn Millionen von Arbeitskräften wieder frei werden, wenn die Industrie sich wieder auf die Friedenswirtschaft einzustellen muß, gestalten? Hunderttausende von weiblichen Arbeitskräften sind in Berufe eingedrungen, in der sie vor dem Kriege nicht anutzen waren. Die notwendig werdende Umgruppierung wird nicht ohne Schwierigkeiten sich vollziehen. Werden wir genügend Rohstoffe bekommen, um alle verfügbaren Arbeitskräfte beschäftigen zu können?

Wenn es in der verhältnismäßig günstigen Zeit, wo Arbeitsträger bedeutend mehr verlangt wie angeboten, nicht gelungen ist, den Lohn, entsprechend der Leistung der Lebenshaltung, zu steigern, wird dieser dann in späterer Zeit gelingen? Wird nicht der gesamte soziale Fortschritt der letzten Jahrzehnte wieder eingeholt werden? Diese und ähnliche Fragen drängen sich heute einem jeden auf, der soziale Verantwortung zu tragen hat. Zwingen uns nicht diese Umstände, den Ursachen nachzugehen? Tunten wir als Arbeiter und Angestellte uns auch noch in der Zukunft den Kurs des Indifferenzismus in dem Maße leisten, wie bisher? Oder haben wir nicht die Pflicht, nichts unversucht zu lassen, um die volkswirtschaftliche und soziale Entwicklung zu unseren Gunsten zu beeinflussen. Man beachte wohl, die Lohnhöhe ist, neben der sonstigen Faktoren, wie Angebot und Nachfrage, mehr, wie die Preisbildung auf dem eigentlichen Warenmarkt abhängig, von anderen Umständen.

Der Einfluß eines Standes, im öffentlichen Leben, seine Bedeutung, sei Arbeiten sind Momente, die nicht ohne Einfluß auf sein Einkommen sind. Man vergleiche doch nur, wie heute die mehr oder auch weniger notwendigen gesellschaftlichen Verpflichtungen bei Verminderung der Beamtengehälter Verstärkung finden. Nicht zuletzt wird gerade nach dem Kriege die Stärke und der Einfluß der Berufsorganisation von urteilsschlaggebender Bedeutung sein.

Zusammenfassend kann daher gesagt werden. Mit Bestimmtheit läßt sich die Lohngestaltung nach Beendigung des Krieges nicht voraus sagen. Von dem Verhalten der Mehrzahl der Berufskollegen wird es abhängen, ob die Arbeiter und Angestellten in der Lage sein werden die Entwicklung nicht oder weiter in ihrer Seite zu beeinflussen.

Aus unseren Städten.

Zur Lohnbewegung in Köln. Am Dienstag, den 20. August fanden zwischen dem Herrn Oberbürgermeister und den Vertretern der beteiligten Organisationen und Arbeiterausschussmitgliedern Verhandlungen über unsere Eingabe statt.

Der Herr Oberbürgermeister erklärte dem Stadtverordnetenkollegium eine Vorlage unterbreiten zu wollen, nach der

1. den städtischen Arbeitern, Arbeitern und dem Fahrpersonal der Straßenbahn eine Zulage von 1 Pf. pro Tag ab 1. September gewährt werden soll.

2. Im Herbst dieses Jahres eine einmalige besondere Zulage, deren Höhe noch nicht bestimmt werden konnte, zu zahlen.

3. Auf besonderen Antrag des Vertreters unseres Verbandes wurde sodann angefragt, daß ab 1. September die weiblichen Angestellten der Straßenbahn hinsichtlich der Ruhestunde mit den männlichen gleichgestellt werden sollen.

Das bedeutet die Freigabe eines weiteren Ruhetags im Monat, wie es bereits im vergangenen Jahre von uns beantragt war, aber infolge Verzichtes der weiblichen Lohnkommissionmitglieder nicht durchgeführt wurde. Wir kommen in der nächsten Nummer ausführlich auf die Bewegung zurück.

Aus den Ortsgruppen.

Wesselinghausen. Seit langerer Zeit schon macht sich auch bei dem Personal der "Werne-Wesselinghauser Straßenbahn" der Gedanke geltend, daß etwas zur Verbesserung der Lohn- und Dienstverhältnisse in diesem Betriebe geschehen müsse. Jener Gedanke erhält dieser Gedanke nun in letzter Zeit durch Anschlüsse eines Teiles des Personals an unseren Verband. Die Kolleginnen und Kollegen haben ein, daß nur durch gemeinsames Handeln Vorgehen bessere Verhältnisse herstellen werden können. Doch nicht allein das Personal, sondern auch die Verwaltung der Straßenbahn hat dies ein. Weil sie aber anscheinend nicht den Willen hat, ungenöbliche Verbesserungen für ihre Angestellten durchzuführen, versucht sie nur mit allen ebenfalls Mitteln den Anschluß des Personals an die gewerkschaftliche Organisation zu verhindern. So wurde z. B. ein Kollege der Seite Lehmann noch nicht beendet berentlassen. Zugleich aber wurde ihm erklärt, wenn er aus dem Betriebe austrete, könne er wieder eingeschult werden. Und tatsächlich machte der Befreitende, nachdem er uns seinen Ausdruck aus dem Betriebe entzogen hat, wieder seinen Dienst. Das unter solchen Umständen manche Kolleginnen und Kollegen zu anstrengen sind, die Versammlungen zu besuchen und sich dem Verbande anzuschließen, ist schließlich allzu begreiflich. Und doch bleibt ihnen, wollen sie ihre Verhältnisse dauernd verbessern, kein anderer Weg, als sich geschlossen an die gewerkschaftlichen Arbeit zu beteiligen. Sollte dann die Verwaltung dann soviel geben, einzelnen Leuten wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbande Schwierigkeiten zu machen, so gibt es noch Mittel und Wege, diesen Machenschaften einer sozial rückständigen Verwaltung entgegen zu treten. Unsere Behörden, Generalkommando und Kriegsschule können und werden es nicht dulden, daß man Leute wegen ihrer Verbandszugehörigkeit aus dem Dienste entlässt und dadurch die Aufrechterhaltung solcher kriegerisch wichtigen Betriebe erschwert oder gefährdet. Das aber Verbesserungen, wie sie das Personal durch die Organisation zu erreichen sucht, notwendig sind, gibt ja die Verwaltung auch selbst dadurch zu, daß sie nun, nachdem die Organisation eingesetzt, schnell einzige, wenn auch nicht genügende Lohnzulagen bewilligte, z. B. in der Werktarife bis zu 15 Pf. per Stunde. Die dentenden Kolleginnen und Kollegen werden ja einsehen, daß auch diese Zulagen schon der Organisation zu danken sind. Hat die Verwaltung dies doch anscheinend nur bereitgestellt, um dadurch den Organisationsgedanken sofort im Sturm zu erledigen. Diesem Zweck dient auch alles wohlwollende Gutgeschick, das man ihmbar jetzt dem Personal geübt. Nur um das Personal einzuschlafen und vom Wege der gemeinsamen Selbsthilfe abzuballen, kommt man ihm in einigen kleinen Wünschen entgegen, um nachher gut so sicher wieder in etlichem Weise schwärmen und warten zu können. Wird das Personal sich nur die Tiere seine Rechte vorerhalten lassen, oder wird es

ebenlich und rechtssicher einwirken an der Vertretung seiner Standesinteressen?

Wir glauben aus dem Herzen der Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen zu sprechen, wenn wir sagen: „Nun erst erst recht! Eine sozial rückständige Verwaltung kann wohl dem sozialen und wirtschaftlichen Auftrag ihrer Angestellten und Arbeiter Schwierigkeiten in den Weg legen, ido aber nicht dauernd verhindern.“

Mülheim-Naht. Die hierige städtische Straßenbahnenverwaltung lebt ihre Bemühungen, ihre Angestellten und Arbeiter von der Organisation fernzuhalten, unentwegt fort. Daß sie es nicht wagen würde, ihre Drohung, die Besucher einer Versammlung aus dem Dienste zu entlassen, wirklich durchzuführen, war ja vorauszusehen. Aber sie versucht es mit anderen Mitteln. Nach erwähnter Versammlung gab der Herr Inspektor den Leuten den Rat, das sie an die Organisation gehören, doch lieber dazu zu verwenden, sich einen gemütlichen Abend zu machen. Wir würden uns ja herzlich freuen, wenn wir an einem solchen „gemütlichen Abend“ unter vollzähligter Beteiligung des gesamten Personals und des Herrn Inspektors auch mal teilnehmen dürfen und uns dort Redefreiheit zugesichert würde. Vielleicht würden manche Kolleginnen und Kollegen und der Herr Inspektor eine andere Aussöhnung von dem Werte der an die Organisation gezahlten Beiträge bekommen. Ein anderes Mittel zur Bekämpfung der Organisation besteht darin, daß man den Mitarbeiter den Dienst so vereinfacht, daß sie selbst aus dem Dienst austreten. Auf diese Weise wurden schon zwei Kolleginnen, die dem Vorstande der Ortsgruppe angehören, aus dem Betrieb entlassen. Wir möchten nun den Kolleginnen und Kollegen den Rat geben, sich durch solche gebobbige Machenschaften nicht zum freiwilligen Aufgeben des Dienstes verleiten zu lassen. Damit erreicht die Verwaltung ja, was sie will. Auf diese Weise wird sie vor und nach alle organisierten Kolleginnen und Kollegen loswerden und leider eignet Herr im Hause sein. Daß die Verwaltung neben diesen Schikanen auch versucht, mit kleinen Verbesserungen und recht schönen Versprechungen das Personal von der Organisation abzuhalten, ist selbstverständlich. Aber doch steht heute schon fest, daß ein großer Teil der Kolleginnen und Kollegen sich nicht auf solche Weise dupieren läßt. Sie werden allen Machenschaften zum Trotz treu auf dem einmal eingeschlagenen Wege weiter gehen in dem Bewußtsein, nur so dadurch ihre Lage verbessern zu können.

Angehörigen wurde beschlossen, dem Herrn Oberbürgermeister und dem Stadtverordnetenkollegium eine Eingabe zu unterbreiten, in der eine angemessene Lohnerschöpfung, bessere Bezahlung der Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Urlaub usw. beantragt wird.

Wenn die Stadtverwaltung, wie wir bestimmt hoffen, die volle Berechtigung dieser Wünsche anerkennen wird, dann wird auch die Straßenbahnenverwaltung deren Durchführung auf die Dauer nicht widerstehen können. In dem Augenblick aber, in dem die Verwaltung die Rechte der Angestellten und Arbeiter respektiert, kommt zu versuchen, diese zu unterdrücken, kann ein vertragliches Verhältnis zwischen Verwaltung Angestellten und Arbeitern Platz greifen. Beide Teile können dabei nur profitieren.

Gelsen — Straßenbahner. Unsere Fortschritte macht in letzter Zeit unsere Bewegung unter den hierigen Straßenbahnherrn. Die Zahl der unserem Verbande beigetretenen Kolleginnen und Kollegen hat 800 bereits überschritten, so daß das eine Zeichen sehr bald erreicht sein dürfte. Die Kolleginnen und Kollegen sehen ein, daß nur durch Zusammenschluß eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage möglich ist. Auch sind die meisten vernünftig genug, zu erkennen, daß nicht alle berechtigten Wünsche mit einemmal erledigt werden können. Die vor einigen Wochen bewilligte Lohnaufhebung und Schaffung von Arbeiterausschüssen wird vom Personal als ein guter Schritt auf dem Wege zur Hebung des Berufes anerkannt. Weitere, den Preisverhältnissen entsprechende Lohnaufbesserungen, Verkürzung der Dienstzeit, Gewährung von Urlaub, bessere Bezahlung von Neben-, Sonntags- und Arbeit an freien Tagen, Fortzahlung des Lohnes bei Krankheit, insbesondere aber bessere Verhandlung und Rücksichtnahme des Strafmauls sind durchaus berechtigte Wünsche, deren Erfüllung eine andauernde, ehrige Verbandsfähigkeit, ein einziges geschlossenes Vorgehen aller Kolleginnen und Kollegen erfordert. Stehen alle treu und geschlossen hinter ihren Arbeiterausschussträtern, so wird es auch diesen möglich sein, manchen Wünschen des Personals Geltung zu verschaffen. Die Arbeiterausschüsse haben eine doppelte Pflicht. Erstens die, das Personal zutreu gewissenhaft die Erfüllung seiner Dienstpflichten, zu Erziehung und Pünktlichkeit zu erziehen und anzuhalten und dadurch ein sauberes Verhältnis zwischen Verwaltung und Personal anzustreben; zweitens die berechtigten Wünsche und Rechtsverwerden des Personals der Verwaltung gegenüber zu vertreten. Um so leichter aber wird

ihm seine Arbeit werden, je mehr das Personal einerseits durch Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit im Dienste der Verwaltung jeden Anschluss an Industriedienst mit den Dienstleistungen des Personals nimmt, andererseits durch Stärkung des Organisations und dem Ausdruck des erforderlichen Nachholt dieser, um die Wünsche des Personals energetisch vertreten zu können. Zeigen wir der Verwaltung, daß wir organisierte Straßenbahner darauf bedacht sind, im Dienste pünktlich und korrekt zu sein, daß wir vor auch von der Verwaltung ein Einsehen auf unsere berechtigten Wünsche erwarten.

Wenn wir eingangs erwähnten, daß die Zahl der dem Verbande beitretenden Kollegen und Kolleginnen immer mehr zunimmt, so muß doch gesagt werden, daß der Besuch der Versammlungen oft noch zu wünschen übrig läßt. Aber erst durch diesen Versammlungsfeind Seingen wir unseren Einfluß nach außen hin zur Geltung. Also muß der Besuch der Versammlungen noch besser werden. Ebenso muß jedes Mitglied selbst dafür sorgen, daß es mit den Beiträgen nicht in Rückstand kommt. Durch pünktliches Zahlen muß den Beitragszusammensetzen ihre Arbeit, die sie doch im Interesse der Gemeinschaft leisten, erleichtert werden. In allgemeinen kann man hoffen, daß unsere Essener Straßenbahnerbewegung im Laufe der Zeit zum Mittelpunkt der Straßenbahnerbewegung im Industriegebiete werden und dadurch zur Verbesserung des Straßenbahnerberufes im allgemeinen wesentlich beitragen wird.

Siebz. Westfalen. Noch reiches gewerkschaftliches Leben entwickelt sich in letzter Zeit in unserem kleinen, altherwürdigen Städtchen, eben den Eisenbahnern, Metallarbeitern, Holzarbeitern usw., aber sich auch seit einigen Wochen eine Anzahl ländlicher Arbeiter der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung angehlossen. Auch sie haben eingeschenkt, daß sie verpflichtet sind, am Gemeinen Nutzen der deutschen Arbeiterschaft mitzuwirken. Durch diese Mitarbeit an den Allgemeinaufgaben der Gewerkschaftsbewegung wird es ihnen auch möglich sein, ihre eigenen, um Teil recht bescheidenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzubessern. Es ist zu hoffen, daß die Stadtverwaltung berechtigte Bemühungen nach einer solchen Verbesserung in wohlwollender Weise tragen und erledigen wird. Das wird aber um so eher geschehen, wenn weniger und geschlossener die Arbeiter in der Organisation hinter weichen Wünschen stehen. Alle, ohne Ausnahme, müssen durch Besitz zum Verbundne bezeugen, daß sie gewillt sind, ihre Interessen zu vertreten. Andererseits aber müssen die organisierten Kollegen aber auch der Stadtverwaltung durch pünktliche und regelmäßige Erfüllung ihrer Dienstpflichten beweisen, daß sie nicht nur ihre Rechte verlangen, sondern auch ihre Pflichten erfüllen und sich damit der Erfüllung berechtigter Wünsche würdig machen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Eine außerordentliche Teuerungszulage und zwar der sechsfache Betrag der monatlichen Teuerungszulage ist allen Arbeitern und den vielen gleichgestellten Bediensteten der preußisch-hessischen Staatsverwaltung gewährt. Anspruch haben alle Arbeiter, die am 1. Juli eingetreten waren. Hoffentlich werden nun auch diejenigen Staatsbetriebe das gleiche tun, denn notwendig haben in der jetzigen Teuerung alle Arbeiter ohne Ausnahme.

Die bevorstehenden Änderungen im Mietrecht. Angehoben ist die Wohnungsnorm, der Umzugsschwierigkeiten und der großen Anstrengungen für das Bauen hat der behördliche Schutz der Mieter gegenüber ausgereizten Mietsteigerungen und Mietkündigungen eine gewisse Wichtigkeit gewonnen. Die im Juli vorigen Jahres faste Verordnung des Bundesrats zum Schutze der Mieter ist im allgemeinen bewährt, aber es gilt jetzt, die Lücken aufzuheben und die ganze Einrichtung zweckentsprechend auszubauen. Die Erweiterung der Bundesratsverordnung ist auch demnächst erwartet und die beteiligten Kreise sind deshalb schon seit geraumer Zeit eifrig damit beschäftigt, ihre Wünsche zu formulieren und die Gestaltung zu bringen. Eine gute Übersicht über diese Forderungen und über die für sie gelend zu machenden Gründe hat neuerdings eine in Frankfurt a. M. der diesen ganzen Gegenstand abhandelnde Tagung der Mieteinigungsämter geboten, die durch ihre fortgesetzte praktische Erfahrung in diesen Dingen besonders berufen sind, sich zu rufen. Danach berechtigen die Kreise der Mieteinigungsämter gewiß weitgehende

Übereinstimmung vor allem darüber, daß auch solche Mietverträge, die ohne besondere Rücksicht ablaufen, den Entscheidungen der Mieteinigungsämter unterstellt werden sollen, ebenso Neuvermietungen. Ferner wurde die weiter Ausdehnung der Mieteinigungsämter auf alle Fälle, wo ein Bedarf besteht, allgemein genehmigt, desgleichen, daß die vor diesen Kreisen abgeschlossenen Vergleiche vollständig sein sollen, während über die Vollständigkeit der Entscheidungen der Mieteinigungsämter die Meinungen geteilt waren. Ueberwiegend wurde auch gewünscht, daß über das bisherige Recht des Mieters, gegen Mietzinssteigerungen das Mieteinigungsamt anzuwenden, hinaus, eine allgemeine behördliche Genehmigungspflicht für diese Fälle in den einzelnen Kreis solle eingeführt werden können, indes erhob sich doch auch nicht unbedeutender Widerspruch gegen diese Forderung. Auf der anderen Seite wurde aber auch eine Erweiterung des Schutzes der Vermieter gegenüber den Hypothekengläubigern gewiß allgemein empfohlen. Man wird annehmen dürfen, daß die geplante Umänderung der Bundesratsordnung sich ungefähr auf den Bahnen dieser Anregungen bewegen wird.

Guten Beweis für die gute finanzielle Lage der Landwirtschaft liefert der Geldzufluss in die ländlichen Spar- und Darlehenstassen. Auf dem kürzlich in Münster abgehaltenen westfälischen landwirtschaftlichen Genossenschaftstag wurde dafür ein treffender Beweis geliefert. Der Oeconomiker Quabed führt zu diesem Punkte u. a. auf:

Der Geldzufluss ist nachgerade mit einem hindernisartigen Vordringen zu vergleichen, der die Brüder und Schwestern fast ausschließen bringt und der Sammelstelle der ländlichen Centralstelle die größte Sorge bereitet, wohin sie die ununterbrochenen Zuflüsse ableiten soll.

Von den westfälischen Genossenschaftsstäffeln sind fast 400 Millionen Mark auf die Kriegsanleihen gezeichnet worden. — Man sieht, daß es der Landwirtschaft nicht leicht geht und Preissteigerungen sich mit der schlechten Lage der Landwirtschaft nicht begründen lassen. Daß das Volk so sehr verbitternde Maßnahme der Betriebspreissteigerung hätte sicher unterlassen können. Wie sehr wir übrigens Recht hatten mit der Befürchtung, daß es bei einer Preissteigerung von 2 Pfg. die man amtlich herausgerechnet hatte, keineswegs bleiben werde, zeigt sich jetzt, wo die neuen Preise, die um 5 Pfg. das Stück höher sind, angekündigt werden.

Der Erfolg entscheidet. Ein wie großes Verhältnis die Kriegsanleiheversicherung unserer gemeinschaftigen Deutschen Volksversicherung in den Kreisen unserer Arbeiter und Angestellten gefunden hat, geht aus ihren siegenden Erfolgen mit erfreulicher Deutlichkeit hervor. Leider konnte die erstmale Auslegung der Kriegsanleiheversicherung erst bei der sechsten Kriegsanleihe erfolgen, aber schon diese erbrachte 208 100 M. Kriegsanleihe, obwohl infolge der Kurze der Zeit fast gar keine Werbearbeit dafür eintrat, werden konnte. Bei der zweitmaligen Auslegung stieg die Summe bereits auf 508 900 M. und bei der achten Kriegsanleihe auf 2 488 100 M. Diese Erfolge sind sicher ein Beweis für die siegende Beliebtheit unserer Kriegsanleiheversicherung. Es liegt darin das befriedende Bewußtsein, einerseits zum Erfolg der Kriegsanleihe beigetragen zu haben und damit zugleich einem sehr nützlichen Fried zu dienen; für die Lage der Not vorzusorgen.

Es entspricht sicher dem Wunsch aller, bei der neunten Kriegsanleihe einer noch größeren Erfolg zu erzielen. Möglicherweise ist es Pflicht, sich in dem Bestreben zu vereinen, nicht nur selbst eine Kriegsanleiheversicherung abzuschließen, sondern auch in Freiheits- und Befreiungskreisen für eine solche Versicherung zu werben.

Unsere Kriegsanleiheversicherung ruht dem Land und schützt vor Not. Sie führt auf die breite Straße: Schutz und Sicherheit vor unseren Feinden, Freiheit und Brot zu freien Vaterlanden.

Verbandsnachrichten.

Münster (Westfalen). In zwei Versammlungen der städtischen Arbeiter und der Straßenbahner wurde beschlossen, der Stadtverwaltung verschiedene Anträge zu unterbreiten, und zwar soll verlangt werden: Eine Lohnerhöhung für alle in städtischen Betrieben Beschäftigten von 1,50 Pf. pro Tag, eine einmalige Bezugungszulage von 200 Pf. und 20 Pf. für jedes Kind. Bezahlung der Nebenstunden mit 33½ Prozent, der Nachtarbeit mit 50 Prozent und der Arbeit an Sonntagen und hohen Feiertagen von 100 Prozent. Aufschlag zum Wohn-, Aufschlag zum Krankengeld bis zur Höhe des vollen Lohnes auf die Dauer von 15 Monaten und bis zur Höhe von vier Fünftel des Lohnes auf weitere sechs Monate und Gewährung von Urlaub von drei Tagen nach einem Dienstjahr, fünf Tagen nach drei Dienstjahren und sieben Tagen nach fünf Dienstjahren. All diesen Wünschen kann wohl die Kommendabilität und volle Berechtigung nicht abgesprochen werden. Umso mehr sie erfüllt werden, hängt zum Teil von den sozialen Geiste der Stadtverwaltung, zum Teil davon ab, ob die städtischen Arbeiter und Straßenbahner es versiehen, ihren Wünschen den notwendigen Nachdruck zu geben.

Übrigens kommt neben den erwähnten noch ein anderer dringender Wunsch der städtischen Arbeiter und Straßenbahner seiner Erfüllung, und zwar die Einführung eines Arbeiterausschusses. Noch hat die Verwaltung seinerzeit die Schaffung eines Ausschusses angekündigt, aber leider läßt die Durchführung dieser Angelegenheit recht lange auf sich warten. Es dürfte doch endlich an der Zeit sein, an diese Frage heranzutreten. Dies ist um so notwendiger, als noch manche Unsicherheiten vorliegen, deren Erfüllung durch Verhandlungen zwischen Verwaltung und Arbeiterausschuß leicht möglich wäre. Hoffen wir also, daß die Verwaltung dieser Frage, wie auch allen anderen Wünschen ihrer Arbeiterschaft das wünschenswerte Verständnis entgegenbringt.

Sechs Wochen nach Quartalsabschluß sollen die Abrechnungen mit der Hauptgeschäftsstelle fälligsgemäß erledigt sein. Trotz aller Mahnungen gibt es aber immer noch Ortsgruppen, die glauben, am Schlusse eines Quartals mit der Abrechnung vom vorigen noch frühzeitig genug zu kommen. Als Entschuldigung werden dann allerlei Gründe angeführt, die aber bei genauer Untersuchung nicht stichhaltig sind. Dabei sind es in der Regel immer die nämlichen Ortsgruppen. Durch irgend einen Unfall kann sich die Abrechnung einmal um einige Wochen verzögern, aber wenn dieses Regel wird, tragen nicht mehr die Unfälle, sondern die Vorstände die Schuld. Wenn einige Ortsgruppen mit 100 und 200 Mitgliedern vier Wochen nach Quartalschluss die Abrechnung wirklich raschhaft erledigen können, muß dieses in den anderen auch der Fall sein. Wenn nur der alte Wille vorhanden, wird es schon gehen.

Vom zweiten Quartal haben weiter abgerechnet die Ortsgruppen: Hannover, Berlin, Siegen, Borsigheim, Ulm, Weiden, Dingolfing, Mainzheim (G), Mainzheim (S), Trier, Regensburg, Bremen, Graudenz, Würzburg (G), Grefeld, Ludwigshafen, Hildesheim, Köln-Mülheim, Pasing, Heidelberg, Amberg, Freising, Bamberg, Landau (G), Rosenheim, Konstanz, Aachen, Baden-Baden, Ingolstadt, Bonn (St), Barmen, Düsseldorf (St), Passau (H), Dransdorf, Köln (G), Wiesbaden, Hammersbach und Münster.

Neue Ortsgruppen wurden gegründet in Mühlheim-Ruhr, Recklinghausen und Zoest.

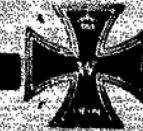
Der Zentralvorstand

Arbeiterbewegung.

Die Gegenseite in der sozialdemokratischen Partei rüngt nunmehr auch an sich auf die freien Gewerkschaften zu übertragen. Die bisherige enge Verbindung zwischen Partei und sozialdemokratischen Gewerkschaften hat ohne Zweifel der gesamten sozialdemokratischen Bewegung viele Vorteile gebracht. Nunmehr aber hat sich das Blatt gewendet. Die Generalkommission der freien Gewerkschaften, deren obige Karte, zeigt die im nächsten Wahlkreis zu wählenen Parteien, ist

bündige engen Anschluß an die Radikalen suchen. Aber unter den Mitgliedern aller Verbände haben sie unterschiedene Anhänger. Auf dem vorjährigen Verbandsstag der Metallarbeiter, der radikalsten freien Gewerkschaft, war die radikale Opposition fast so stark wie die Vorwärtspartei, die die Politik der Generalkommission und der sozialdemokratischen Mehrheitspartei zu verteidigen hatte. Eine Spaltung wurde nur mit großer Mühe verhindert und die Gegenseite noch einmal notdürftig überwunden. Der Ritz ist das! so erklärte ein Vorträger der radikalen Opposition, und warf am Schlus der mehrstündigen Redehabacht der Mehrheitspartei den Abdehandschuh mit den Worten: „Wer Groß, willt Ihr ein Tanzlein haben, wie spielen Euch auf?“ Auf den Verbandsgeneralversammlungen der Kürschner und der Bäder hat der Parteistreit zu Verhandlungen geführt, die in beiden Fällen mit der Abstimmung der Generalversammlungen geendet haben. Zu bestigen Auslandsergebnissen ist es ferner auf dem in Würzburg abgehaltenen Verbandsstag der Schuhmacher gekommen. Die radikale Richtung hatte einen Antrag auf Sperrung der Beiträge an die Generalkommission gestellt, was die Zustimmung von der Generalkommission im folge haben würde. Der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Simon, wie der Redakteur des Nachlasses Reichstagsabgeordneter Prof. Gotha, gehörte zu den radikalen Unterstützern, wagten es aber doch nicht, die Zustimmung von der Generalkommission zu befürworten. So wurde der Antrag auf Sperrung der Beiträge nach bestem Riedelkopf zwar mit 14 gegen 10 Stimmen abgelehnt, dabei aber ausdrücklich erklärt, daß damit die Politik der Generalkommission in seiner Weise genehmigt werden solle.

Der Ritz, der durch die sozialdemokratische Bewegung geht, kann vielleicht noch eine Stütze überleben werden. Aber auf mir kann es noch?



Den Heldentod fürs Vaterland starben die wackeren Kollegen.

Theodor Golbing,
Straßenbahner, Köln;

Franz Müller,
Straßenbahner, Köln;

Hermann Dick,
Gemeindearbeiter, Köln.

Ehre ihrem Andenken!

Gedenktafel.

Gestorben sind die treuen Kollegen:
Wolfgang Wolfrath, Ortsgruppe Weiden,
Josef Buchner, Ortsgruppe Landshut,
Carl Hester, Ortsgruppe Köln,
Hermann Einzenberg, Ortsgruppe Köln,
die Kollegin **Matharina Hösch**, Nürnberg.

Ehre ihrem Andenken!